

Nummer 78

Juni
2000

Zulnr. 82399G85U

GLÜCK AUF

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

Senioren zittern – Banken und Versicherungen jubeln

Die Pensionsreform der Regierung ist in dieser Form nicht notwendig. Blau/schwarz haben den Unternehmern 15 Milliarden Schilling geschenkt. Das Geld dafür holen sie sich bei den Senioren. Es geht dabei um eine gesellschaftspolitische Weichenstellung vom Umlageverfahren zur Privatpension.

Geld von den Reichen holen

Die KPÖ tritt für eine Schließung von Steuerschlupflöchern und die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe ein. Spekulationsgewinne müssen besteuert und die Steuerschulden der Unternehmer müssen eingetrieben werden.

Steuergeld für Großparteien

Die österreichischen Parlamentsparteien schwimmen im Geld. Jahr für Jahr kassieren sie etwa 2 Milliarden Schilling, einen großen Teil davon aus Steuergeldern. Mit diesen Mitteln gehen sie verschwenderisch um. Das hat der Rechnungshof in seinem Bericht (Nr. 860.004/002) festgestellt. Aus direkter Parteienfinanzierung und aus Klubfinanzierungen erhalten die Parlamentsparteien jährlich folgende Summen (Bund und Land zusammengerechnet):

SPÖ.....437 Mio. S
ÖVP.....448 Mio. S
FP..... 96 Mio. S
Grüne..... 29 Mio.S

(Quelle: Format Nr. 18/ 2000)

Frauen haben das Nachsehen

Der Vorschlag von Sozialministerin Sickl für die Pensionsberechnung – der Berechnungszeitraum soll in Zukunft über das ganze Erwerbsleben ausgedehnt werden – trifft besonders Frauen mit Kindern hart, denn sie sind es, die überdurchschnittlich viel im Teilzeitbereich arbeiten und daher besonders wenig verdienen.

Frauen haben weniger Chancen auf gutbezahlte Arbeitsplätze

und eine ausreichend hohe Pension. Wenn sie dann im Alter von einer Minipension leben müssen, können sich ja Caritas oder Ehemänner – sofern vorhanden – um sie kümmern.

Viel wichtiger als solche Nebensächlichkeiten ist ja, daß „die Wirtschaft“, die angeblich für alle da sein soll, boomt und die Unternehmer fette Gewinne und Dividenden einstreifen.

**Einen erholsamen
Urlaub wünschen Ihnen
die KPÖ Fohnsdorf und die
Redaktion von
„Glück Auf“!**



Gewinner und Verlierer

Die Republik Österreich ist verschuldet und muß daher sparen. Irgendwie logisch. Die großen Wirtschaftsunternehmen in unserem Land, viele davon sind internationale Multis, haben auch Schulden, und zwar Steuerschulden.

Das ist ja günstig, werden Sie denken: wenn die ihre Schulden zahlen, ist Österreich die seinen los, zumindest einen Teil davon.

So einfach ist es aber leider nicht, denn wenn der Staat diese Schulden eintreiben will, drohen diese Firmen mit dem Abbau von Arbeitsplätzen oder gar mit der Verlagerung des Standortes ins Ausland! Also muß sich der Finanzminister das Geld bei den sogenannten kleinen Leuten holen, z.B. im Gesundheitswesen.

Nach dem Motto „Wer krank ist, gehört dafür ein wenig bestraft“ soll im Parlament folgendes beschlossen werden:

- I Wer vom Arzt in eine Spitalsambulanz überwiesen wird, zahlt S 150.-, ohne Überweisung kostet es S 250.- „Behandlungsbeitrag“.
- I Wer ein Rezept einlöst, zahlt künftig S 55.- statt bisher S 45.-
- I Wer in Spitalsbehandlung muß, zahlt nun S 100.- statt bisher S 78.- Selbstbehalt pro Tag.
- I Gleichzeitig wird der Kranken-

geldbezug von 78 Wochen auf 52 Wochen reduziert, das sind 50 %.

- I Wer Brillen, Krücken oder gar einen Rollstuhl braucht, muß in Zukunft mehr dafür bezahlen, weil die Zuzahlung durch die Krankenkassen gekürzt wird.
- I Außerdem: Die Krankenscheingebühr von S 50.- bleibt nach wie vor aufrecht.

Das alles bringt dem Budget Mehreinnahmen von geschätzten 2,5 Milliarden Schilling.

Gleichzeitig werden die Unternehmen durch geringere Steuervorschreibungen um 15 Milliarden „entlastet“.

Da wird sich der H.P. Haselsteiner, Chef des Bau-Holding-Konzernes aber freuen. Seine Firma hat im Jahr 1999 einen Gewinn von 1,037 Milliarden Schilling gemacht. Das hat zwar 1.300 Mitarbeiter den Job gekostet, aber dafür ist der Wert der Bau-Holding-Aktien von S 32.- auf S 44.- gestiegen. Zusätzlich verdiente jeder Aktionär noch eine Dividende von ca. S 20.- je Aktie.

Auch nicht schlecht!

So hat der 3-fache Familienvater Josef. P., der netto S 14.000.-/monatlich verdient, mit seiner Beteiligung an der Bau-Holding im Wert von S 100.000.- (227 Aktien) in einem Jahr S 41.970.- verdient. Super!

Ach so, Josef P. besitzt gar keine Aktien?! - Da hat er aber Pech gehabt.....

Übrigens: Krankenscheingebühr, Rezeptgebühr und Spitalskostenbeitrag sind keine

Pflege-geld

Das Pflegegeld wurde

seit 1995 nicht mehr angepaßt. Das bedeutet, daß die einzelnen Stufen des Pflegegeldes durch Inflation und Verteuerung aller Lebenshaltungskosten seither um rund 12% weniger wert geworden sind.

Der Zentralverband der Pensionisten Österreichs fordert daher ein Gesetz zur jährlichen Anpassung des Pflegegeldes.



GETRÄNKEQUELLE HANS SCHEUCHER

Fachgroßhandel und Diskontmarkt

8753 Fohnsdorf, Judenburger Straße 30

Tel.: 035 73 / 21 46

Die Arena

Die Arena die ist fein,
da kaufen alle gerne ein.
Die Parkplätze sind voll von Wagen
um Schätze dann nach Haus' zu tragen.
Alle Leut' sind darob happy
und sogar der alte Pepi
geht jetzt dort hinaus spazieren.
Da ist was los, da sieht er was.
und es macht ihm großen Spaß.
In Fohnsdorf könnt' man bald relaxen
die Kaufleut' können ja nicht hexen.
Sie träumen nur vom Wunsch,
dem frommen,
daß Kunden auch zu ihnen kommen.

Arena am Wald-

Es ist erfreulich, daß die Arena am Waldfeld eine so gute Kundenfrequenz aufweist. Die zweite Ausbaustufe wird schon vorbereitet. Hoffentlich müssen die Dorfgeschäfte auf die Dauer nicht darunter leiden. So positiv dieses Projekt auch ist, bedauerlich ist nur, daß sich kein abgegrenzter Kinderspielplatz auf dem Gelände befindet. Es laufen sehr viele Kinder auf der Straße herum.



Der Natur ein bißchen näher rücken

Blumenhaus
naturnah
Fortin KEG

Blumenweg 4
8753 Fohnsdorf
Tel. 03573/2105
Fax. 03573/2105 24
Email: fortin@net4you.co.at

AK-Wahl

Der GLB hat es geschafft – er hat bei der Arbeiterkammerwahl 1.536 Stimmen erreicht und ist mit seinem Spitzenkandidaten Peter Scherz, Arbeiterbetriebsrat bei Puch Graz, wieder in die Arbeiterkammer-Vollversammlung eingezogen. Als Ersatz fungiert Dr. Birgit Kampl, Betriebsrätin in der VAE Zeltweg.

„Wir wollen eine ‘Kontrollfunktion von unten’ ausüben“, meint Peter Scherz, „die Anliegen der Arbeiter aus den Betrieben in die Vollversammlung bringen und mit unserer bescheidenen Kraft darauf pochen, daß die Rechte der Arbeiter und Angestellten gewahrt bzw. durchgesetzt werden.“

Auf der einen Seite steigen die Gewinne der Konzerne wie noch nie – auf der anderen Seite stehen die arbeitenden Menschen nur mehr als Kostenfaktor. Belastungspakete und Sozialabbau stehen auf der Tagesordnung. Hier will der GLB mit seinen Forderungen einhaken – **das Mandat in der AK-Vollversammlung ist wichtiger denn je!**

SAALVERMIETUNG

Der große Saal der „Resti“ in Fohnsdorf, Josefiplatz 3a ist der passende Rahmen!

Modernisiert und renoviert ist er günstig zu mieten!



Suchen Sie Räumlichkeiten für eine größere Gesellschaft?

Anfragen und Informationen:
KPÖ Fohnsdorf • Tel. 035 73/ 21

„Arbeitnehmerpolitik am Beginn des 21. Jahrhunderts“

Eine Nachlese

Am 10.3.2000 lud die Assoziation marxistischer Jugendlicher Politiker und Gewerkschafter von SPÖ, Grünen und KPÖ zu einer äußerst interessanten Diskussionsveranstaltung.

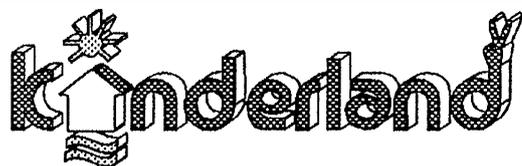
In Zeiten, in denen die Globalisierung immer größere Ausmaße annimmt, Konzerne sich weltweit zu unüber-schaubaren und undurchschaubaren „Riesenunternehmen“ zusammenschließen und die Profitmaximierung an erster Stelle steht, ist das Dilemma für die Arbeitnehmer unübersehbar.

Die Arbeiterschaft – zu der in diesem Jahrhundert nicht nur der klassische Arbeiter der Schwerindustrie gehört, sondern auch der Angestellte aus dem Dienstleistungssektor – hat es verabsäumt, sich weltweit zu solidarisieren. Nur mit einer weltüberspannenden Vernetzung aller arbeitenden Menschen und ihrer Vertreter, der Gewerkschaften, wird es möglich sein, dem global agierenden Großkapital wirksam entgegenzutreten.

Nicht nur die arbeitnehmerfeindliche Politik der Regierung, sondern auch der ÖGB wurde heftigst für sein Vorgehen in den letzten Jahren kritisiert. Die vollständige Privatisierung von Betrieben und der Abbau von hart erkämpften Sozialleistungen müssen durch gemeinschaftliche Aktionen und Proteste aller österreichischen Arbeitnehmer bekämpft werden. Nur so bliebe die soziale Gerechtigkeit in Österreich gewahrt. Das war die einhellige Meinung aller Diskutierenden.



Horst Skvarca, BR im ehemaligen Gußstahlwerk Ing. Alfred Kohlbacher, SPÖ
Samuel Stuhlpfarrer, Diskussionsleiter
NRAbg. Karl Öllinger, Die Grünen
Mag. Walter Baier, KPÖ
Sepp Kampl, ehem. BR in der VA-Bergtechnik



Ferien mit Kinderland

Im August-Turnus
sind noch Plätze frei!

Informationen bei:

Gudrun Luschützky
Josefplatz 3a, Tel.: 03573/ 21 66
Elisabeth Bärnthaler
Kohlenstraße 4, Tel: 03573/ 55 19

Aktion gegen die Militarisierung des Flugtages

